

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17, Fernruf 3366 und 3357. Schluss der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 11

Duisburg, den 13. März 1926

27. Jahrgang

Um die Zukunft der produktiven Schichten

Es mag sein, daß das Wort Krise schon einen etwas abgedroschenen Ton hat, dennoch trifft es auf eine gewisse Umwälzung zu, die sich im Innern des Ständelebens vollzieht und von einer ebenso folgenschweren Tragweite wie außerordentlichen Bedeutung ist. Wir meinen die „Winnenwanderung im deutschen Berufsleben“, die sich in den letzten Jahren in immer verstärkter Wucht zeigte. Der fast groteske Zug zum Akademikertum und die Flucht vor der Handarbeit in Handel oder Beamtenstellung hinein sind leider nicht nur eine Inflationserscheinung gewesen; wenn auch infolge wesentlich verschobener Zeitverhältnisse die übertrieben lebhafteste Besuch der Universitäten nachgelassen und auch der Handel nicht mehr die starke Reizkraft der Inflationsjahre ausübt, so hat sich der Zug von der Handarbeit zum Beamtentum wesentlich verstärkt.

Es hat ja zwar immer im Auf und Ab, Niedergang und Aufstieg, ein stetes Durcheinanderfluten der Stände gegeben. So stieg von unten auf der tüchtige Arbeiter, so der tüchtige Kleinkaufmann, der tüchtige Handwerker und brachten in ältere, gewissermaßen naturierte Schichten einen stets neuen Impuls, den die jüngeren Geschlechter und Schichten als ihr Erbe mitbekommen haben. Das ist ein gesellschaftliches Gesetz, und nichts wäre verkehrter und lebenswidriger, als diesen Kreislauf irgendwie hemmen zu wollen. Aber was sich heute in den Verschiebungen verschiedener Volksschichten zeigt, ist wesentlich anderer Art. Es ist nicht so sehr ein Kampf um die Höherbewertung des eigenen Standes, sondern eine stille Flucht vor ihm. Sie mag vielleicht aus dem verletzten Gefühl wegen der verschiedenen Graduierung in der Behandlung der einzelnen Schichten stammen, ausschlaggebend ist die tiefe Unruhe in handarbeitenden Schichten vor der Zukunft ihrer Arbeit und Arbeitsstätte. Das hat seinen Grund nicht in der sogenannten „Entseelung“ der Arbeitsverrichtung, die mehr in die Arbeiterseele hineinprojiziert wurde; es ist vielmehr ganz real die Flucht vor der Unsicherheit ihres ungesicherten Standortes. Diese Unsicherheit bedeutet für einen Arbeiter wesentlich andere Gefahren als für ein Mitglied anderer Schichten. Hinter der verlorenen Existenz der Arbeitsstätte gähnt der „fünfte Stand“, Demoralisierung, Lumpenproletariat. Dort hinein zu geraten, ist ja nach Veranlagung und Charakter verschieden, dennoch muß zugegeben werden, daß für die monatlang Erwerbslosen eine große seelische Gefahr besteht, standlos zu werden.

Es kommt nicht von ungefähr, daß seit der Revolution ein äußerst starker Drang der unteren Schichten, der Fabrikarbeiter, Handwerker usw. vorliegt, aus der Unruhe der Konjunktur und des Wirtschaftsspiels in einen gesessigteren Stand zu kommen, und daß man vielfach von einer Flucht vor der leider minder bewerteten und minder geachteten Fabrikhandarbeit zu sprechen vermag. Wohin drängt der Zug? In die diesen Schichten nahe liegenden Teile der Staats- oder Kommunalbeamtenenschaft in ihren verschiedenen Abweigungen. Es ist selbstverständlich, daß nicht die Wünsche aller Hineindrängenden befriedigt werden können; ausschlaggebend sind die Motive, die zur Beamtenenschaft hin- und vom Arbeiterstand abdrängen, denn sie geben ja das Wertmaß für die Auffassung über den eigenen und über den anderen Stand, und sie zeigen vielfach eine tiefgehende Gärung und Erregung, die, wenn sie auch vielleicht infolge der Wirtschaftslage um einige Schlaglichter dunkler werden, dennoch ernst genug zu behandeln sind.

Von unserem Verband aus hatte man mehrere Hundert im Vordertreffen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland stehenden Leuten neben anderem die Frage gestellt: „Was soll dein Junge nach der Schulentlassung werden, Arbeiter (Fabrikarbeiter, Handwerker) oder Beamter?“

Von 300 Beantwortern gehörten 80 v. H. zu den gelernten Berufen. Die Mehrzahl stand noch in Arbeit, 41 waren arbeitslos, 62 arbeiteten kurz. Von den 300 Beantwortern sprachen sich 58 v. H. dahin aus, daß der Junge die Beamtenlaufbahn einschlagen solle; 4 v. H. glaubten, den Jungen aus Geldmangel „leider“ in die Fabrik tun zu müssen; 29 v. H. wünschten, daß der Junge irgendetwas handwerkler lernen solle; 9 v. H. wollten die Wahl dem Jungen allein überlassen. Man ist wohl berechtigt, anzunehmen, daß ein wesentlich anderes Ergebnis bei einer allgemeinen Kundfrage sich kaum herausstellen würde. In der Vorkriegszeit betrug der Jahreshineinstieg handarbeitender Schichten in die Beamtenkarriere höherer oder meistens niedriger Art rund 15 v. H. der

Schulenklassen. Das Befragen der Volksschüler selbst ergibt zum Teil ein davon abweichendes Bild, jedoch ändert sich dasselbe sehr bald, wenn der Wunsch oder auch Druck der Eltern dazu tritt.

Der Hauptgrund des Drängens der Arbeiterschaft in den Beamtenstand ist die Sorge um eine sichere, von Stürmen freiere Zukunft des Kindes. In diese Sorge hinein klingt es wie ein Grollen, daß der Arbeiterstand in seiner Lebens- und Zukunftssicherung soweit hinter den anderen Ständen zurücksteht. Diese Gedanken lehren immer auch in den Antworten auf die oben angeführte Frage wieder: „Der Beamte wird im Alter besser versorgt als der Arbeiter.“ „Wir haben zuviel Fabrikproletariat.“ „Dem Beamten wird von allen Seiten besseres Entgegenkommen gezeigt.“ „Wegen der besseren Zukunft soll mein Sohn Beamter werden.“ „Der Arbeiter wird immer wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt.“ „Er soll ein besseres Los haben als der Vater.“ „Als Beamter braucht er nicht so lange und so schwer zu arbeiten und verdient besseres Geld.“ „Wenn der Beamte krank ist, läuft sein Gehalt weiter, wenn er alt ist, bekommt er eine gute Pension, der Arbeiter bekommt nur sein bishigen Kranken- und Invalidengeld.“ „Der Mensch fängt heute doch wieder erst beim „Beamten“ an.“ „Am Schalter lebt er 20 Jahre länger als in der Zinkhütte.“

Dabei haben die Beantworter selbst sich mit ihrem eigenen Beruf durchaus abgefunden. „Ich bin darin in Ehren alt geworden.“ „Er gefällt mir an und für sich.“ „Das Arbeiten macht mir Freude.“ Nur wenige äußern das Gegenteil. Selbst wenn wir nicht der Ansicht sind, daß das, was sich jetzt langsam vollzieht, vorläufig merklich den Lehrlingsmarkt zu beeinträchtigen braucht, so können doch die Symptome, die in den Motiven zum Ausdruck kommen, ebenso folgenschwer für die wirtschaftliche wie für die gesellschaftliche Zukunft werden. Krise und Arbeitslosigkeit können nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein etwa einsehender Mangel an Facharbeitern zu den schwersten Nachteilen für unsere Wirtschaft führen muß. Man hat in oft hervorragender Vehlungs- und „gemacht“, ohne sich darüber klar zu werden, wie es nun gelingt, den Arbeiter überhaupt standfester und in seiner Existenz gesicherter zu machen. Ob dieses Problem jemals in einer Wirtschaftsform — nicht nur in einer kapitalistischen Wirtschaft — nach jeder Seite hin gelöst werden kann, ist kaum zu sagen. Dennoch sind Mittel vorhanden, und es besteht die Pflicht, das Möglichste zur Lösung zu versuchen, denn davon hängt wesentlich Arbeitsfreude und Produktivität ab.

Wenn der Industrielle Woch als ein Mittel zur Lösung des Problems einen guten Lohn und eine Sicherung des Akkords ansieht (D. A. Z. v. 25. 12. 25), so ist das begrüßenswert. Das genügt aber nicht allein. Was den seelischen Druck verstärkt, ist neben dem vielfach ungesicherten Lohn der Ausblick auf das Alter. Man hat ja täglich den Beweis vor Augen, daß Vierzigjährige nur umgeren im Betrieb angenommen und Fünfzigjährige scharf als „abgelegt“ gelten. Regeneration des Betriebes ist notwendig. Aber es kommt auf das „Wie“ an. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. beschäftigt ihre Alten und Invaliden in Matten- und Wefenfabrikationsanlagen, zu Aufräumungsarbeiten usw. zu einem Tagesverdienst von fünf Mark weiter. So etwas vermißt man heute in der Industrie. Sie ist sich anscheinend über die bedeutungsvollen seelischen Folgen noch nicht klar. Auch dem älteren Arbeiter ist Nichtarbeitkönnen durchweg unlieb. Ihren inneren Sinn und Wert erhalten solche Einrichtungen jedoch erst, wenn sie einen gewissen rechtlichen und nicht lediglich wohlwollenden Charakter tragen, und wenn sie sich nicht in gewissen Zeiten unsozial auswirken.

Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung sind lediglich Palliativmittel für Krisenzeiten. Was geschieht aber nach diesen Zeiten? Soll der Arbeiter stets und immer mit einer ungenügenden Pension seine Jahre des Alters oder nach einem größeren Unfall verbringen? Wir sind uns dessen bewußt, daß eine Pensionierung in der Höhe und dem Ausmaß, wie sie die Beamtenenschaft hat, nicht in Frage kommen kann, obwohl sie gerechtfertigter wäre. Denn der Arbeiter schafft erst mit die Produkte, durch die der Beamte leben kann. Wir halten aus volkswirtschaftlichen und nationalen Gründen heraus eine solche Pensionierung wie sie heute in Beamtenkreisen gang und gäbe ist, wirtschaftlich für keinen Stand mehr tragbar.

Das „Wie“ der Sicherstellung ist natürlich nicht so leicht zu lösen, wie man das „Was“ fordern kann. Dennoch scheint die Stunde gekommen, wo man sich intensiver seitens der Regierung, des Unternehmertums und der Arbeiterorganisationen um der Frage nach der Standfestigung und Veseitigung der Unruhe-momente in der Arbeiterschaft befassen muß. Die Folgen liegen heute schon leider zu offen; bei den oberen Arbeiterkategorien Abkehr von der Fabrikarbeit oder dem Handwerk und bei den unteren eine vielfach verkehrte Bedürfnisskala aus einer Art Fatalismus heraus. Beides ist im wirtschaftlichen und völkischen Interesse zu bedauern, und es ist an der Zeit, an Abhilfe zu denken, die sich nicht allein mit ideellen Mitteln erreichen läßt.

Der Erfolg der Organisation

Ja, es ist doch trotz der Krisenzeit viel für die Arbeiterschaft durch die geschlossene Kraft im Verband erreicht worden oder erhalten geblieben, und alle diejenigen, die so voll Zweifel sind wegen der Erfolge, sollten nur ihr eigenes Lebensbuch vom verflochtenen Jahre durchblättern, und da werden sie Seite um Seite bestätigt finden, daß ohne die Organisation die Arbeiterschaft von den Unternehmern an die Wand gedrückt worden wäre. Um nur kurz unsern Kollegen einige Daten der Organisation vor Augen zu führen, wollen wir den Jahresbericht unserer Verwaltungsstelle Ahen i. W. sprechen lassen. Es heißt darin:

Die Lohn- und Tarifbewegungen des Jahres 1925 setzten im heißen Ringen manche Kämpfe ab.

Arbeitszeit: Die Arbeitszeit betrug vor dem Kriege in der Metall- und Emaille-Industrie 60 Stunden in der Woche und darüber; 1924 betrug sie 57 Stunden; im vorigen Jahre wurde ein weiterer Abbau auf 56 Stunden erreicht.

Lohnfrage: Es wurde an Mehrverdienst im Jahre 1925 gegenüber 1924 erzielt: in der ersten Gruppe 185 M., in der zweiten 145 M., in der dritten 140 M. Die jugendlichen Arbeiter, deren Löhne in einem festen Verhältnis zu den Spitzenlöhnen stehen, haben gleichfalls an den Lohnhöhungen entsprechend teilgenommen. — Daß sich gleichzeitig die geschätzten Beiträge durchschnitlich mit 390 Prozent vergrößert haben, sei beiläufig in diesem Zusammenhang erwähnt.

Verslechterungen der Akkordlöhne abgewehrt. In mehreren Betrieben versuchte man eine Senkung der Akkordlöhne vorzunehmen. Während in den Betrieben, in denen die Arbeiterschaft gut organisiert war, die geplante Reduzierung abgewehrt werden konnte, war dies jedoch in den Werken, wo die Arbeiterschaft schlecht organisiert war, nicht der Fall.

Wir bitten die Kollegen, sich selbst nun einmal die Frage zu beantworten und sie auch den Unorganisierten scharf zur Beantwortung zu stellen: „Was wären heute die Arbeiter ohne Gewerkschaften?“ Für uns selbst aber ergibt sich aus der Beantwortung die weitere Konsequenz, unter allen Umständen an der Stärkung, an der finanziellen und agitatorischen Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten.

Einstufung der Mitglieder in die richtige Beitragsklasse

Die am 21. Februar in Köln stattgefundene Delegiertenkonferenz des 2. Bezirks, die sich eingehend mit der Lage in Wirtschaft und Verband befaßte, unterzog auch die Beitragszahlung der Mitglieder in der richtigen Klasse einer scharfen Kritik. Wenn der Prozentfuß der Mitglieder in der 1. Beitragsklasse in den einzelnen Ortsverwaltungen zwischen 22 und 86 Prozent schwankt, und wenn im Markenwert Unterschiede von 60 bis 91 % bestehen, dann geht daraus hervor, wie viele Druckberger in den unteren Klassen vorhanden sind. Um endlich die Sache zu bereinigen, nahm die Konferenz folgende Entschliessung an:

„Die heutige Delegiertenkonferenz stellt mit Bedauern fest, daß am Schluss des Jahres noch viele Mitglieder nicht der 1. Beitrags-Klasse angehören. Bei richtiger Einstufung nach dem Verbandsstatut müßte der Prozentfuß mindestens 80 Prozent betragen. Die Statistik beweist, daß es den Verbandsinstanzen einschl. Ortsvorstände und Vertrauensleute trotz jahrelanger Bemühungen nicht gelungen ist, eine richtige Einstufung zu erzielen. Dadurch sind dem Verband ganz enorme Summen entzogen worden.“

Die Konferenz beauftragt die Bezirksleitung, bei der Verbandsleitung dahin zu wirken, daß den nachweislich zu niedrig eingestufteten Mitgliedern die Verbandsunterstützungen so lange entzogen werden, bis sie der richtigen Beitragsklasse beigetreten sind. Die finanzielle Lage des Verbandes sowie die Interessenwahrnehmung der Mitglieder erfordert es, daß die richtige Einstufung der Mitglieder auf der ganzen Linie erfolgt.“

Mit dieser eben so wichtigen wie dankenswerten Anregung wird sich unser Verband noch näher zu beschäftigen haben.

Belegung des Wohnungsbaues

Von Jos. Trefferer, Berlin.

Bei der Erörterung, wie die Wohnungsbautätigkeit in Gang gebracht werden kann, spielt die Frage eine große Rolle, ob eine Anleihe für diesen Zweck aufgenommen werden soll. Man ist sich klar darüber, daß mit den 700 Millionen Mark, die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stehen, die Wohnungsnot nicht gelindert werden kann, ja daß kaum der Ausfall an Wohnungen und der notwendige Bedarf für Jung-Verheiratete gedeckt werden kann. Man muß sich nun darüber klar werden, will man die Wohnungsnot bereinigen, vielleicht sie sogar zu einer Katastrophe treiben, oder will man zu einem außergewöhnlichen Mittel greifen: das wäre die Auslandsanleihe. Welche Kreise stehen auf dem Standpunkt, daß man zu diesem Mittel greifen muß, um endlich vorwärts zu kommen mit dem Wohnungsneubau, das es auch berechtigt ist, daß die letzte Generation nicht allein die Mittel

Die Betriebsratswahlen

stehen vor der Tür.

Jeder christliche Arbeiter muß seine Pflicht tun.

Agitiert für unsere Listen.

Je mehr verantwortungsbewußte christlich organisierte Betriebsratsmitglieder gewählt werden, um so besser für die Kollegen-schaft.

Wir müssen vorwärts.

Die richtige Antwort

Soll und muß die Arbeiterschaft der sozialen Reaktion geben. Die richtige Antwort besteht aber nicht in Phrasen, sondern in tatsächlicher Verbandsarbeit.

Best den Artikel mit der gleichen obigen Überschrift

auf der letzten Seite

ausmerksam durch und gebraucht das Material in exakter Agitation.

zur Linderung der Wohnungsnot aufbringt und daß durch die Verzinsung und Amortisation der Anleihe auch die künftige Generation dazu beitragen müsse, die ja auch den Vorteil genieße.

Interessententzwei aus Industrie, Handel und Landwirtschaft laufen gegen diesen Plan Sturm. Sie behaupten, Geld im Wohnungsbau anzulegen sei unproduktiv. Produktiv könne es nur angelegt werden für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke.

Diese Argumente haben etwas Bedenkliches an sich, sind unseres Erachtens aber doch abwegig. Zugegeben wird also, daß die Bautätigkeit schneller in Gang gebracht werden kann.

Mit dem Wohnungsbau beseitigen wir die Wohnungsnot. Damit helfen wir Lungenerkrankten, Geschlechtskranken, Siechen, damit haben wir die Geburtenziffer, drücken die Sterblichkeitsziffer, damit gewinnt das Volk also körperlich, geistig und moralisch.

Noch ein anderes: Gesunde Wohnungen sind die Vorbedingungen für einen gesunden, leistungsfähigen, opferfertigen Arbeiterstand. Ohne diesen bleiben die Fabriken und Maschinen unproduktiv.

Der Grundzug der Normalisierung und Typisierung ist Vereinheitlichung, Zusammenlegung vieler Arten der Gütererstellung in verhältnismäßig wenige. Bei der Typisierung werden ganze Maschinen, Schiffe, Wagen, Schuhe, Kleider, Wohnungen und ähnliche Güter nach demselben Muster hergestellt.

Normung ist die Vereinheitlichung der in der Industrie häufig gebrauchten Einzelteile. Kronenberg (Meiße) erklärt: Normalisierung ist die Vereinheitlichung von Ausführungsformen und Abmessungen von Einzelteilen, die bisher unähnlicher Weise verschieden waren.

Die Arbeitszeit in den Gaswerten

war in den letzten Wochen Gegenstand eingehender Untersuchungen im Arbeitszeitausschuß des Reichsarbeitsrates. Der Sozialpolitische Ausschuß nahm am 28. Januar zu den Vorschlägen seines Unterausschusses Stellung und es wurde infolge eines Kompromisses einstimmig der Beschluß gefaßt, das Reichsarbeitsministerium möge die Ofenhausarbeiter, Retortenarbeiter, Abschläger der Generatoren, Vorlagearbeiter, Retortenarbeiter, die Bestimmungen nach § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellen.

Gaswerke, in das Verzeichnis zu § 7 der Arbeitszeitverordnung, zeitlich begrenzte Ausnahmen für kleine Gaswerke vorzusehen, unter der Voraussetzung, daß diese Werke unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage sind, bei Unterstellung unter den § 7 wirtschaftlich zu arbeiten.

Im Gegensatz zu den Beschlüssen über die Ofenhausarbeiter wurden die Anträge der Arbeitnehmer, auch die Teerarbeiter, Wassergasarbeiter, die Arbeiter in den schwefelsauren Ammoniakbetrieben und Arbeiter an den Koks- und Kohlenbrechern ebenfalls durch den § 7 zu erfassen, durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt.

Aus diesen Verhandlungen ist beachtenswert, daß die Produktion der Gasanstalten trotz verringerter Belegschaft eine Vermehrung erfahren hat. Während die Zahl der Arbeiter im Jahre 1913 an 85 000 betrug, sank die Belegschaftsziffer im Jahre 1925 auf rund 60 000; die Produktion hob sich aber in derselben Zeit von 2,8 Milliarden auf 3,15 - 3,2 Milliarden Kubikmeter.

In derselben Sitzung stand auch die Arbeitszeifrage für die Arbeiter in Kesselhäusern zur Beratung. Die Entscheidung hierüber wurde jedoch ausgesetzt und die Vorlage zur nochmaligen Verhandlung an den Arbeitszeitausschuß zurückverwiesen.

Rationalisierung der Wirtschaft

Die Rationalisierung der Wirtschaft scheint für manchen der archaische Punkt, mit dem man die Welt aus den Angeln heben könnte. So einfach liegen die Sachen ja nun zwar nicht. Dennoch ist es für die Arbeiterschaft dringend notwendig, sich auf dem Laufenden über diese Fragen zu halten.

Neuerdings wird die Rationalisierung der Wirtschaft wieder lebhafter gefordert. Was enthält dieser Begriff und was soll er wirtschaftlich bedeuten? Das Wort „ratio“ stammt aus dem Lateinischen, seine Hauptbedeutung ist: Vernunft. Daneben wird es auch mit Ursache, Grund und Verhältnis überfetzt.

Normalisierung, Typisierung und Spezialisierung

Der Grundzug der Normalisierung und Typisierung ist Vereinheitlichung, Zusammenlegung vieler Arten der Gütererstellung in verhältnismäßig wenige. Bei der Typisierung werden ganze Maschinen, Schiffe, Wagen, Schuhe, Kleider, Wohnungen und ähnliche Güter nach demselben Muster hergestellt.

Die Typisierung geht immer auf ein Ganzes aus, sie arbeitet, baut oder stellt ein Ganzes her. Nach einem bestimmten Muster, mit denselben Stoffen, denselben Arbeitsarten stellt sie die Teile und das Ganze her, viele Gebrauchsgüter nach einheitlichem Plan und einheitlicher Durchführung.

Normung ist die Vereinheitlichung der in der Industrie häufig gebrauchten Einzelteile.

Kronenberg (Meiße) erklärt: Normalisierung ist die Vereinheitlichung von Ausführungsformen und Abmessungen von Einzelteilen, die bisher unähnlicher Weise verschieden waren.

Spezialisierung ist die Herstellung nur gewisser bestimmter Güter.

So z. B. wenn ein Betrieb, der bisher vier Maschinenarten hergestellt hat, nur noch eine oder zwei herstellt, oder aber, wenn er anstatt einer Maschine nur noch bestimmte Teile einer Maschine herstellt.

Nach den Meinungen aus verschiedenen Gewerben geht die Normalisierung aber viel weiter als man sie oft bezeichnet. Die Eisenbahn normt, die Post normt, die Papierhersteller normen, die Webhändler und Baumwollhändler normen, Getreide und Erz sollen genormt (oder standardisiert) werden.

Rundschau

Die Organisation der Drückeberger

Der „Reichsbote“ (Nr. 48) bringt folgende Zuschrift:

In der Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben sich außerhalb der Gewerkschaften stehende Kreise gebildet, die es sich zur Aufgabe machen, die „Nichtorganisierten“ auf nationalem Boden stehenden Arbeitnehmern zu sammeln.

Am Sonntag, den 14. Februar, versammelten sich in Essen 197 Arbeitnehmervertreter, um über den ferneren Weg zu beraten. Die Vertrauensleute waren herbeigeeilt von Herne, Dortmund, Kettlinghausen, Mörz, Hamborn, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Remscheid usw.

Nach dem Berichte eines Bergmann, zeigte die Aussprache die Einmütigkeit aller. Unter den an der Aussprache sich beteiligenden befand sich auch der Kamerad August Winnig. Er unterstrich ebenso wie seine Vorredner, daß sich die deutsch gesinnten Arbeiter als solche zusammenschließen müßten, um ihr Ziel, die Rettung des Vaterlandes, durchzusetzen.

Bei der Aussprache nahm die Versammlung den Namen „Der deutsche Arbeiter“ an. Als Organ wurde die Zeitung „Der deutsche Arbeiter“ aus Essen erlesen; es soll erstrebt werden, die Zeitung in Kürze wöchentlich herauszugeben. Mit einem „Glück auf zur Arbeit“ zogen die Teilnehmer, von dem harmonischen Verlauf der Tagung voll befriedigt, zur Heimata.

Heil und Sieg! Die Organisation der nationalen Nichtorganisierten und Beitragsdrückeberger ist aufgemacht und August Winnig, früher einer der ersten Führer im sozialistischen Bauarbeiterverband ist ihr Prophet. Wir sind auf die Entwicklung, besonders die finanzielle, gespannt. Oder sollte man gute Freunde haben.

Pfirsichen und Tomaten in den Kreis der Normung. Gewiß, das Ackerbauamt kann dem Obst nicht vorschreiben, wie es zu wachsen hat, oder wie lang und dick es werden darf, aber das Amt kann erstreben, oder vorschreiben, nach welchen Graden es gehandelt werden soll oder muß. Solche Stoffe oder Erzeugnisse (wie Baumwolle und Obst) wurden und werden noch mit Bezeichnungen wie: mittel, gut oder prima (auch prima-prima oder primissima) bezeichnet. Solche Bezeichnungen sind immer etwas behnbar. Diese Behnbarkeit oder Ungenauigkeit in der Bezeichnung der Beschaffenheit soll so gut wie möglich eingeschränkt werden.

Wergessen wir nicht:

Normung ist immer etwas Künstliches, nichts Natürliches, nichts Gewachsenes, sondern etwas von Menschen Erdachtes und Zurechtgestuftes. Wer normt, macht einen kühnen Sprung über das Ueberlieferte, Mitgebrachte und Gewohnte hinweg. Er erkennt die zweckmäßigsten Formen, er gestaltet die Dinge übersichtlicher und macht sie für den Verkehr handlicher und beweglicher. Der Verkäufer in Newyork bietet z. B. dem Käufer in Berlin genormte Waren telegraphisch an, der Berliner Käufer kauft nach der Norm, ohne die Waren gesehen zu haben, und vielleicht verkauft der Berliner Käufer auch die Waren (etwa als Großist) weiter, ohne sie zu sehen. Solche Käufe und Verkäufe sind aber auf die Dauer nur möglich, wenn sie mit peinlicher Ehrlichkeit und Treue abgewickelt werden.

Solche Entwicklungen müssen sehr beachtet werden. Wer sich ihnen entgegenstemmt, wird den kürzeren ziehen. Sobald einmal Fragen dieser Art öffentlich besprochen werden, gibt es kein Halten mehr, und wenn Wirtschaftsmächte wie die Vereinigten Staaten darin voran marschieren, ist jeder Kampf dagegen aussichtslos. Mögen sich einige noch so sehr gegen die zunehmende Mechanisierung auflehnen - sie werden sie mit ihren Gegengründen nicht aufhalten. Die Rationalisierung ist im Gange, und ihre Hauptmittel, die Typisierung, Normalisierung und Spezialisierung, stehen auf der Tagesordnung: Ausbau, Verfeinerung, Hervollkommnung ist die Lösung. Anpassung an die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Zeit ist die Forderung der Verbraucher.

Amerika, einstmal das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, kann uns für die Rationalisierung der Wirtschaft manche Muster liefern. Aber nicht alles, was da drüben geschieht, ist für uns vorbildlich oder nachahmenswert. Jedoch: ansehen und gründlich bedenken soll man die amerikanischen Wirtschaftsformen, und was sich auf unsere Verhältnisse übertragen läßt, sollte übernommen werden. Wir brauchen uns - soweit dies Nachahmung ist - dieser Nachahmung nicht zu schämen, denn die Amerikaner schämen sich auch nicht, uns nachzuahmen. Es ist nämlich nicht so, daß uns Amerika in allem und jedem voraus ist, und wo es voraus ist, da haben wir vielfach Anteil daran. Wissenschaftliche, technische und organisatorische Kenntnisse haben sich Amerikaner in unserem Lande geholt, und nicht nur dies: wie viele unserer Landsleute haben drüben mit aufgebaut, und wie viele sind in diesem Lande Leiter oder Mitarbeiter in gewerblichen und händlerischen Betrieben (in einem der besten Betriebe drüben ist ein Deutscher mit an der Spitze, neben ihm ein Schwede, ein Pole und ein Ungar). Manchem unserer Landsleute ist der Blick durch den nützlichen Kriegsausgang verdunkelt worden: sie starren in das Land jenseits des Meeres, als ob sich dort alle Kräfte angeammelt hätten oder ob uns von drüben alles Heil zu erwarten wäre. Drüben aber sind viele anderer Meinung. Wie jüngst ein wissenschaftlicher Techniker berichtet, ist drüben oft die Meinung anzutreffen, daß der deutsche Ingenieur ein Teufelskerl sei (was etwa bedeutet: daß man ihn zuträut, die schwierigsten Fragen zu lösen). - Ueberschätzen wir die Amerikaner nicht und unterschätzen wir uns nicht selber. Beobachten wir richtig, wenden wir an, was wir als das Zweckmäßigere, den größeren Erfolg bringende erkennen. (Schluß folgt.)

Thyssen in Rußland und Amerika

Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“, Nr. 54, auf Anfrage bei der Firma Thyssen erfährt, entsprechen die veröffentlichten Nachrichten über Verhandlungen der Firma Thyssen mit dem Vertreter der sowjetrussischen Wirtschaftskommission, Wdt. Bergbau, Kubanowski, den Tatsachen. Die Meldung, daß bereits Vereinbarungen über die technische Ausgestaltung des russischen Bergbaues durch die Firma Thyssen, Wdt. Schachtbau, erzielt worden seien, beruhen dagegen in der vorliegenden Form auf Kombinationen. Definitive Vereinbarungen liegen noch nicht vor. Ueberhaupt ist die Angelegenheit noch nicht spruchreif, um sie zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Dem Telegrafist zufolge sollen die Verhandlungen zunächst in Charta fortgesetzt werden.

Wie aus Amerika gemeldet wird, hat die Firma Thyssen & Co. mit der vor kurzem gegründeten Holzwarth Gasturbine Co. of America einen Lizenzvertrag abgeschlossen, der der amerikanischen Firma sämtliche Schutzzrechte für Gas- und Öl-Holzwarth-Turbinen für die Vereinigten Staaten und Kanada übergibt. Im Auftrage der amerikanischen Lizenzgesellschaft baut die Firma Thyssen & Co. zunächst eine Gasturbine von 5000 Kilowatt und eine kleine Delturbine, die in längeren Betriebsversuchen geprüft werden sollen.

Konkurse und deutscher Ausverkauf

Eine sehr bedenkliche Seite der Gesundungskrise durch Konkurse zeigt die „S. u. S.“ vom 30. 1. 1926 in einem Bericht, den wir auszugsweise hier bringen. „Es ist heute unbestrittene Tatsache, daß man nirgends so billig im großen einkaufen kann wie in Deutschland und daß das Ausland diese Gelegenheit, wie ehemals in der Inflation, infolge der damals täglich sinkenden Währung, so heute durch die Flucht aus den Sachwerten, wieder ausnützt. Es findet genau so wie vor drei Jahren ein Ausverkauf statt, der sich von dem „ersten“ nur dadurch unterscheidet, daß er nicht im Kleinen, sondern in großen Stückzahlen und deswegen vielleicht noch schädlicher ist. Man hört heute wie früher ununterbrochene Klagen über Verschleuderung von Waren in Deutschland, Forderung von Dumping-Zöllen leben wieder auf und wieder reisen Einkäufer in Deutschland, die diesmal aber nicht in Geschäften einkaufen, sondern bei den Konkursverwaltungen, Liquidatoren usw., und die von unter den Geschäftsaufsicht stehenden Firmen, die realisieren müssen, oder von solchen, die nahe daran stehen, Waren kaufen, die oft nur ein Drittel des tatsächlichen Wertes bringen.“

Alles wird verkauft, Wertseinrichtungen, Maschinen, Kraftanlagen (die aus Konkursmassen heute für 15 bis 20 Prozent des Einstandspreises verkauft werden), Papier, Eisen, Holz, Chemikalien, Lager usw. So wurden kürzlich in Hamburg über 160 Tonnen Drahtstifte zu 4,15 Sterling pro Tonne ins Ausland verkauft (heutiger festes Preis etwa 10,10 Sterling), in Westfalen wurden Mitte Januar 30 Drehmaschinen zum Durchschnittspreis von 800 Mark verkauft, deren Wert etwa 2400 Mark betrug. In Lübeck wurde die Einrichtung einer ganzen Draht- und Drahtstiftmaschinenfabrik durch einen Großhändler für die Hälfte des Wertes exportiert, in Hamburg und Bremen kommen täglich Abfälle für Lagerpartien in Schrauben zu 25 Prozent des Wertes nach dem Auslande vor.

Tausend andere Fälle lassen sich hier anführen. So sind in Johannesburg (Südafrika) im November zwei größere Drahtwerke gegliedert worden, die die Maschinen sämtlich aus Konkursen in Deutschland, zum weniger als den halben Preis, inklusive Dieselmotorenkraftanlage, in Deutschland gekauft haben. Nehmt man dies in allen anderen Branchen. Das Ausland kauft den größten Teil der Konkurs- und Zwangsverkaufpartien entweder direkt oder durch Einkäufer in Deutschland und richtet sich damit neue Fabriken ein und erweitert die bestehenden. Z. B. ist es Tatsache, daß die Drahtstiftfabriken in England heute aus Deutschland etwa ein Drittel der eigenen Produktion importieren und als eigene Stifte, nachdem sie in der Fabrik umgepackt worden sind, „Made in England“ verkaufen, weil sie an den importierten, aus Zwangsverkäufen stammenden Partien eben zehnmal so viel verdienen, als an der eigenen Produktion.“

Die Werte, die auf diese Weise verloren gehen, sind gar nicht abzuschätzen, auch dürfte eine Abhilfe nicht so leicht sein, aber Mittel und Wege müssen gefunden werden, um diesen zweiten Ausverkauf, der automatisch mit der Konkursziffer steigt, wenigstens zu erschweren.

Sozialpolitik

Die erhöhten Sätze in der Erwerbslosenfürsorge

Vom 1. März treten für einen großen Teil der Erwerbslosen (leider nicht für alle!) neue Höchstsätze für die Unterstützung in Kraft, die ausdrücklich als „vorübergehend“ bezeichnet werden. Ganz ausgenommen von der Erhöhung sind die Erwerbslosen in den Ortsklassen D und E. Hier bleibt es bei den alten Sätzen.

Die Höchstsätze in den übrigen Ortsklassen betragen:

Table with 3 columns: A, B, C. Rows for different age groups and regions (Ost, Mitte, West).

5) für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger vom Beginn der neunten Unterstützungswoche ab, wenn sie während der acht vorhergehenden Wochen ununterbrochen unterstützbar waren, im Wirtschaftsgebiet 1 (Osten) in den Ortsklassen

Table with 3 columns: A, B, C. Rows for different age groups and regions (Ost, Mitte, West).

Die Höchstsätze für die Gesamtunterstützung bleiben unverändert. Die neuen Unterstützungsätze gelten nicht für die Kurzarbeiterfürsorge und nicht auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Das Gesetz zur Vereinfachung der Rückerstattung der im Jahre 1925 zuviel gezahlten Lohnsteuer

Wir berichteten bereits, daß seitens sämtlicher Parteien des Reichstages ein gemeinsamer Initiativantrag eingebracht sei, der eine erhebliche Vereinfachung der Verrechnungsart für die Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuern vorsieht. Bekanntlich wurde im vorigen Jahre das Steuererleichterungsgesetz sowohl als auch die Steuerermäßigung für Familienangehörige mehrfach geändert.

Bei der Zulieferung zuviel gezahlter Lohnsteuer wegen Verdienstaussfall infolge Krankheit, Streik oder Aussperrung oder Erwerbslosigkeit zeigen sich unständliche Berechnungen, die einmal den Steuerpflichtigen gegenüber Härten aufweisen und vor allen Dingen auch den zuständigen Finanzämtern ungeheure Belastungen auferlegen. Aus diesen Ermüdungen heraus ist nunmehr versucht worden, eine einheitliche Regelung einzuführen und diese einheitliche Regelung ist nunmehr, nachdem der Steuerausgleich sich mit dieser Frage beschäftigt hatte, am Samstag, den 20. Februar vom Plenum des Reichstages endgültig verabschiedet worden.

Dieses Initiativgesetz bringt gegenüber dem bisherigen Zustand eine wesentlich vereinfachte Form.

1. Für das Jahr 1925 wird als Einheitsatz für das steuerfreie Existenzminimum der Betrag von 860 Mark einheitlich festgelegt.

2. Da, wo infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit usw. dieser Satz von 860 Mark nicht voll in Anrechnung gebracht wurde, sind für jede Woche der Erwerbslosigkeit, Krankheit und dergl. für die Rückerstattung folgende Pauschalbeträge festgesetzt:

- a) für jede volle Woche des Verdienstaussalles bei einem ledigen, kinderlosen Verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer wird ein Betrag von 2 Mark zurückerstattet;
b) für jede volle Woche des Verdienstaussalles bei einem Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern wird ein Betrag von 2,50 Mark zurückerstattet;
c) für jede volle Woche des Verdienstaussalles bei einem Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern wird ein Betrag von 3,00 Mark zurückerstattet.

3. Maßgebend für diese Berechnung ist der Familienstand vom 10. Oktober 1925.

4. Die Anträge auf Rückerstattung für das Jahr 1925 müssen spätestens bis zum 30. 4. 26. beim zuständigen Finanzamt gestellt werden.

5. Als Nachweis des Verdienstaussalles kann im Falle der Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, im Falle der Aussperrung oder der Arbeitslosigkeit die Erwerbslosen-Kontrollkarte,

eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines gewerkschaftlichen Berufsverbandes oder des Arbeitgebers anerkannt werden.

6. Rückerstattungsbeiträge unter 4 Mark gelangen nicht zur Auszahlung.

Allen Steuerpflichtigen, die im Jahre 1925 infolge Arbeitslosigkeit und dergl. Monate hindurch einen Verdienstaussfall hatten und deren steuerfreier Betrag von 860 Mk. nicht voll zur Anrechnung gelangte, kann empfohlen werden, einen Antrag auf Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer beim zuständigen Finanzamt zu stellen. Es muß unter allen Umständen beachtet werden, daß die Frist zur Einreichung derartigen Anträge am 30. April abläuft. Mit einer weiteren Verlängerung ist keinesfalls zu rechnen.

Außer der hier angegebenen Regelung wurde noch der § 75 des Einkommensteuergesetzes geändert. Bislang konnte ein Rückerstattungsantrag beim Finanzamt seitens der Arbeitnehmer gestellt werden, wenn seit dem 1. 1. ein Arbeitnehmer monatlich über 20 Mark Werbungskosten oder über 20 Mark Sonderleistungen gehabt hatte. Diese Trennung der Werbungskosten von den Sonderleistungen hatte zur Folge, daß viele Arbeitnehmer zu hohe Werbungskosten hatten, aber Sonderleistungen, die weit unter den normalen Sätzen lagen und auch umgekehrt. Daraus ergab sich vielfach das Gefühl der Ungerechtigkeit und zudem eine erhebliche Komplizierung der Arbeit der Finanzämter. Künftig werden nach dem am Samstag angenommenen Änderungsparagrafen nur dann Erstattungsanträge berücksichtigt, wenn Werbungskosten und Sonderleistungen gemeinsam den Monatsbeitrag von 40 Mark übersteigen.

Diese Regelung ist vor allen Dingen für die nach gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeitnehmer außerordentlich wichtig.

Durch die Vereinfachung der Erstattungsbeiträge sind die Arbeiten der gewerkschaftlichen Organisationen immerhin von Erfolg gekrönt, weil durch diese Vereinfachung doch in den meisten Fällen die Berechnungen für die Rückerstattungen sich gegenüber dem bisherigen Zustande für den Steuerpflichtigen wesentlich günstiger darstellen.

Zur weiteren Auskunftserteilung sind die gewerkschaftlichen Organisationen ihren Mitgliedern gegenüber gern bereit.

Verbandsgebiet

Wachen. Am Sonntag, den 7. Februar 1926 hielt die Ortsverwaltung Wachen ihre Generalversammlung ab. Der Kollege Krotz erstattete den Jahres- und den Jahresbericht. Er wies darauf hin, daß das Jahr 1925 für die Verwaltungsgesetze ein Jahr der Prüfung gewesen sei. Die Hoffnungen der Unternehmender, die Gewerkschaften zu zerstören, sind als gescheitert zu betrachten. Die Arbeiterschaft steht vor einer Wirtschaftskrise von bisher unbekannter Größe, die durch viele Gründe herbeigeführt wurde. In einer Reihe von Betrieben kam es im vergangenen Jahr zu Betriebsstillegungen und Entlassungen. Die Arbeitgeber versuchten durch ihre Bestrebungen bezüglich Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Vorbehalten an Tarifverträgen und Sabotage des Schlichtungswesens den Einfluß der Gewerkschaften zu untergraben. Erinnert sei an den neun Wochen langen Kampf der Nadelarbeiter. Das Unternehmertum hatte damit gerechnet, daß die Organisationen nach einigen Wochen verjagen würden und die Arbeiterschaft vom Hunger getrieben, die Arbeit zu jeder Bedingung wieder aufnehmen würde. Dank der Opferfreudigkeit und dem zähen Willen der Mitglieder konnte dieser schwere Kampf für die Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit gezeigt, von welcher großer Bedeutung neben der Gewerkschaftsbewegung eine starke Konsumgenossenschaft ist. Ganz besonders schwer gestalten sich die Dinge im Laufe der letzten Zeit. Die Erwerbslosigkeit nimmt in hohem Maße zu. Ein großer Teil der Mitglieder kommt als Kurzarbeiter in Frage.

In der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage bestand Einmütigkeit darüber, daß kein Arbeitloser Grund habe, sich in seiner Arbeitslosigkeit einer anderen Interessenvertretung als seines Verbandes zu bedienen. Jeder christliche Metallarbeiter sollte daher die Zahlung von Beiträgen für Sondersaktionen ablehnen, deren Ursprung bei den Kommunisten zu suchen sei.

Erwerbslosenzräte sind bisher nicht imitande gewesen, für Erwerbslose praktische Arbeit zu leisten. Die praktische Arbeit für die Erwerbslosen sowohl in der Vergangenheit wie in der Gegenwart wurde von den Gewerkschaften geleistet. Die Generalversammlung nahm zur Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage einstimmig folgende Entschließung an:

„In der letzten Zeit ist die Notlage der Arbeiterschaft in starkem Maße gestiegen. Die Arbeiterschaft erwartet daher von Reich, Staat und Gemeinde durchgreifende Maßnahmen zur Hebung der Notlage. Die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge im Dezember war bei den heutigen Verhältnissen unzureichend. Es ist deshalb dringend notwendig, daß

deren Arbeiters, der ebenfalls ausgetreten war. Er war daher gezwungen die Maschine abzustellen. Einige Tage später wurde er ins Kontor gerufen und hier wurde ihm diese Sünde vorgehalten. Als er sich entschuldigen wollte, wurde ihm erklärt:

„Sie haben sich nicht zu entschuldigen, wenn es nochmals vorkommt, dann sind Sie entlassen. Diesmal wollen wir nochmals Rücksicht nehmen, weil Sie im vergangenen Jahre zu den vernünftigen Arbeitern gehört haben. (Er hatte den 1. Streikbrecher gemacht.) Machen Sie, daß Sie wieder an Ihre Arbeit kommen.“

Wenn die Zustände bei der Firma G. auch die schlimmsten sind, so ist es bei der anderen Firma nicht viel besser. Einige Beispiele:

Eines Tages wurde dort ein Arbeiter ins Kontor gerufen und folgendermaßen angeredet: „Ich habe gehört, daß Ihr Bruder, der bei Ihnen wohnt, bei G. arbeitet. Sie wissen doch, daß ich das nicht dulde, weil dadurch zu leicht Fabrikgeheimnisse verraten werden können. Entweder hört ihr Bruder bei G. auf, oder Sie müssen bei uns aufhören. Auf die schärfste Frage des Arbeiters, ob dann sein Bruder bei der Firma anfangen könnte, wurde ihm erklärt: z. Zt. nicht, aber wir versprechen Ihnen, daß wenn wir wieder Arbeit haben, Ihr Bruder eingestellt wird. Sie wissen jetzt Bescheid, Sie haben also zu wählen.“

Ein anderer Arbeiter wurde ins Kontor gerufen und folgendermaßen angeredet: „Wir haben gehört, daß Ihre Tochter bei G. arbeitet, wir dulden das nicht. Ihre Tochter hat sofort dort aufzuhören und bei uns anzufangen. So geschah es auch. 14 Tage später wurden Vater und Tochter angeblich „wegen Mangel an Aufträgen“ entlassen. Bei G. hätte die Tochter wenigstens weiterarbeiten können.

Als kurz vor Weihnachten die Scharfmacher im Arbeitgeberlager in ganz Deutschland ihre Betriebe schlossen oder den größten Teil der Arbeiter entließen, um einen Druck auf die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft auszuüben, da konnten die Arbeitgeber in D. doch nicht fehlen, trotzdem die Arbeiter nicht organisiert, Aufträge genügend vorhanden und die Arbeitgeber sicher finanzkräftig genug waren.

Man hat aber nicht die jüngeren und zuletzt eingestellten Arbeiter entlassen, sondern nur alte Arbeiter mit möglichst großer Kinderzahl, weil die Arbeitslosenunterstützung für die Leute „höher“ sei, wurde denselben gesagt. In Wirklichkeit war aber der Grund, daß man die Gelegenheit ausnützen wollte, um die alten auszugelten und ausgepöbelten Leute zu entlassen und sie durch jüngere leistungsfähigere Arbeiter ersetzen zu können.

All diese Vorgänge, die lange Arbeitszeit in den Betrieben, die niedrigen Löhne, die Behandlung des einzelnen Arbeiters hat nun den Arbeitern reichlich Gelegenheit, darüber nachzudenken, was sie verloren hatten. Immer klarer kam es ihnen zum Bewußtsein, daß es nur einen Ausweg für sie gab, und zwar den Weg zur Organisation zurückzufinden. Einige beherzte Kollegen schrieben dem Verbandsvertreter und baten ihn, zu einer Besprechung zu kommen. Sie sollte nicht in D., sondern in einem abgelegenen Waldort stattfinden, damit niemand etwas von der ganzen Geschichte erfahren könnte.

Die Besprechung fand statt. 6 Kollegen hatten den weiten Weg nicht gescheut und legten nun dem Verbandsvertreter ihre ganze Notlage dar. Ein Teil der Angaben, die wir in dem Artikel wiedergegeben haben, stammen von den Kollegen. Dieselben baten aber dringend, nichts davon vorläufig an die Öffentlichkeit zu bringen, denn wenn es bekannt würde, würde so lange im Betrieb spioniert, bis die Versammlungsbefucher festgestellt seien.

Doch einigte man sich darauf, mit der Werbearbeit für die Organisation zu beginnen, Material zu sammeln und alle wichtigen Vorgänge im Betriebe niederzuschreiben, damit, wenn die Stunde der Abrechnung kommt, der Welt gezeigt wird, wie es der Arbeiterschaft in D. ergangen ist. Die Kollegen rechnen bestimmt, daß in absehbarer Zeit der letzte der gesamten Besetzung wieder organisiert sei; nur die Angst, sofort wiederum auf's Strafmaß geworfen zu werden, hält die Leute jetzt noch ab, sich sofort wieder geschlossen im Verband aufzunehmen zu lassen.

Warum lassen wir nun diese Dinge niedergeschrieben? Nicht allein um den Kollegen zu zeigen, wie schlecht es den Arbeitern in D. ergangen ist und noch geht, sondern in der Hauptsache darum, um speziell den Kollegen in den kleineren Orten, in den abgelegenen Gebieten, die oft in leichtsinniger Weise die Organisation preisgeben, zu zeigen, wie es geht, wenn keine Organisation vorhanden ist. Vielleicht würde es manchem Arbeiter in manchem Betriebe genau so gehen, wenn nicht die Organisation die Arbeiter davon abhalten würde.

Das hier Geschriebene ist ein Ausschnitt aus dem wirklichen Leben. Die armelig ist doch die Stellung des Unorganisierten dem Arbeitgeber gegenüber. Mühte nicht schon der begehrendste Arbeiter sich aufzubauen gegen ein so unwürdiges Verhältnis. Kollegen! Sorgen wir, daß wir stark und einflußreich bleiben. Das können wir aber nur durch gewerkschaftlichen Zusammenhalt. S. G.

Moderne Slavery

Es blieb aber nicht bei der 10 stündigen Arbeitszeit. Es dauerte nicht allzulange, so wurden 12, selbst 14 Stunden pro Tag gearbeitet. Anzeigen, die bei den Behörden deshalb gemacht wurden, blieben erfolglos, weil die Arbeiter dem kontrollierenden Gewerbebeamten gegenüber erklärten, sie leisteten diese Mehrarbeit vollständig „freiwillig“. Wer sie selbstverständlich nicht freiwillig gemacht hätte, wäre ohne weiteres aus dem Betriebe hinausgeworfen worden. Ein Betriebsrat konnte nicht mehr gewählt werden, weil kein einziger Arbeiter sich bereit erklärte, dieses Amt anzunehmen. Ein ganz raffiniertes Akkordsystem nach amerikanischem Muster wurde für den ganzen Betrieb eingeführt. Beim Übergange von der Papier- zur Goldwährung, wurde der Lohn in der Höhe festgesetzt, wie er vor dem Kriege war. Spiegeltum und Anlagereien wurden Trumpf im Betriebe. Jede Solidarität war vollständig zum Teufel. Für eine alte Hofe oder ein Hemd, oder ein Paar zerissene Stiefel des Fabrikanten verkaufte ein Arbeiter den anderen. Es kommt aber noch schlimmer. Anfangs März vorigen Jahres wurde durch einen Anschlag im Betriebe bekanntgegeben, daß Austrreten während der Arbeitszeit eine schwere Schädigung der Firma bedeute, und die Arbeiterschaft wurde ersucht, dies entweder vor Beginn oder nach Schluß der Arbeitszeit zu besorgen. Im Oktober letzten Jahres folgte dann noch folgender Anschlag:

An die Arbeiterschaft des Betriebes.

Wir haben festgestellt, daß trotz unseres Anschlages im März unsere Arbeiterschaft nicht immer während der Arbeitszeit austritt. Wir sind daher gezwungen, folgendes zu verfügen: „Jeder Arbeiter, der austritten muß, hat sich bei seinem Vorgesetzten zu melden. Er darf keine Maschine nicht eher verlassen, bis vom Vorgesetzten ein Erlaßmann bestimmt ist. Die Vorgesetzten sollen in der Zeit nach Möglichkeit die Maschinen selbst bedienen, damit keine Störung der Produktion eintritt. Die Vorgesetzten sind verpflichtet, in den wöchentlichen Berichten zu berichten, wie oft und wie lange der einzelne Arbeiter ausgetreten ist. Sind es wesentlich mehr als fünf Minuten, so werden dieselben vom Lohn in Abzug gebracht. Besondere Formulare für die Meldung erhalten die Vorgesetzten auf dem Bureau.“

gez. Unterschrift.

Einige Wochen nach diesem Anschlag passierte es einem älteren Arbeiter, daß er unversehrt austritten mußte. Er rief den Vorgesetzten, doch dieser bediente zufälligerweise die Maschine eines an-

1. Die Unterstützungsfähigkeit für Erwerbslose eine bedeutende Erhöhung erfahren. Die Prüfung der Dürftigkeitsfragen in der Erwerbslosenfürsorge ist eine aller Gerechtigkeit höhnisprechende Maßnahme, die bereits sehr starke Verärgerung und Mißmut in der Arbeiterschaft erzeugt hat. Sie muß daher so bald wie möglich fortfallen.

2. Die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung muß endlich vollzogen werden. Die Kurzarbeiterunterstützung muß so gestaltet sein, daß der Kurzarbeiter, der seine Arbeitskraft der Wirtschaft und der Allgemeinheit zur Verfügung stellt, eine angemessene höhere Entschädigung gegenüber den Vollerwerbslosen erhält.

3. Zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen schnellstens größere Geldmittel für das besetzte Gebiet beworben und zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiterschaft ist bei Ausübung von Notstandarbeiten nach den in Frage kommenden Tarifen zu entschließen.

Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ging klar und deutlich hervor, daß die Bewegung eine gesunde Entwicklung nimmt. Die reiche Fülle von Arbeit, die im Interesse der Mitglieder geleistet wurde, gibt Zeugnis von dem starken Willen zum Vorwärtstreben, der die Arbeiterschaft befeuert.

Rund 107 000 M konnten im Laufe des Jahres 1925 an Unterstützungen an die Mitglieder der Verwaltungsstelle ausgezahlt werden. Der Geschäftsbericht zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeit der Organisation seine vergebliche war. Das Bestreben der Arbeitgeber die Gewerkschaften zu zerstören, ist zunichte geworden. Unsere Aufgabe muß sein, alles daran zu setzen das bisher erreichte und gewonnene zu erhalten und weiter auszubauen.

Unsere Bewegung tritt in diesem Jahre in ein Jubiläumsjahr hinein. 25 Jahre reiflicher Arbeit zum Wohle der Arbeiterschaft und zur Hebung des Arbeiterstandes liegen hinter uns. 27 Kollegen waren auf der Generalversammlung vertreten, die seit 1900 und 1901 dem Verbande als Mitglieder angehört.

Die Generalversammlung beschloß, am 25. April dieses Jahres eine besondere Jubiläumfeier zu veranstalten.

Einmütig drang der Wille durch, das Jubiläumsjahr zu einem Jahr der Agitation und weiteren Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu gestalten.

Wissen. Auch die Siegerländer Arbeiter wissen, daß die Siegerländer Bergbau- und Metallindustrie nicht auf Kosten gehandelt ist, zumal heute, wo die französische Konkurrenz auf den Absatzmärkten preisdrückend wirkt. Daß man aber die augenblickliche Krise mit „Lohnabbau“, „Beseitigung des Urlaubs“, „Verlängerung der Arbeitszeit“ beseitigen kann, wird man der Arbeiterschaft nicht plausibel machen können. Es hieße auch, das Pferd im Schwänze aufzäumen. In der rigorosen Art und Weise wird die augenblickliche Krise im Siegerland durch einen Lohnbruch ausgenutzt wie wir es nirgendwo in ganz Deutschland finden. So hat die Firma van der Pypen der Belegschaft des dortigen Weißblechwerkes, nachdem der Betrieb 5-6 Wochen stillgelegt war, neue Forderungen des Akkordabkommens unterbreitet, in dem durchschnittlich die bisherigen Akkordhöhen um 30 bis 35 Prozent herabgesetzt wurden. Die neuen Sätze wurden dem Betriebsrat einige Tage vor Inbetriebnahme in einer Sitzung bekannt gegeben und seitens der Betriebsleitung dabei erklärt, ein Abhandeln gäbe es unter keinen Umständen.

Für Sonntag, den 7. Februar, hatte nun der Betriebsrat eine Belegschaftsversammlung in die Wirtschaft Boland in Wissen einberufen. Aus den einzelnen Mitteilungen nahmen die Kollegen zu dem Akkordabbau Stellung. Man konnte nachweisen, daß für die schwere, gesundheitsgefährliche Arbeit an der Walze, ebenso in der Blüherei und Verzinnerei mit den neuen Akkordhöhen noch nicht einmal der Tariflohn eines Facharbeiters von 57 Pfg. pro Std. trotz angestrengter Arbeit erzielt wurde. Die anwesenden Organisationsleiter zeigten in scharfen Ausführungen das Bestreben der wirtschaftlichen Katastrophopolitiker in Deutschland, mit dem „Abbau“ wieder beim Arbeiter beginnen zu wollen. Ein Stratum sei es, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression mit solchen Methoden die Wirtschaft anzukurbeln. Statt an die Beseitigung der wirklichen Fehlerquellen zu gehen, mit der Arbeiterschaft durch Verständigung, durch gutes Beispiel die gemeinsame Not zu meistern versuchen, wird die Arbeitsfreudigkeit zerschlagen, Haß und Bitterkeit neu erweckt, Not und Elend größer gemacht. Wir leiden heute an technischer und organisatorischer Rückständigkeit der Betriebe, am Mißverhältnis zwischen den Löhnen und Preisen, an Ueberbesetzung des Beamtenkörpers, an unrationeller Betriebsführung, an falscher Investierung des Kapitals in Schwerte, bei diesen Dingen einmal den Hebel anzusetzen und abzubauen, was es notwendig ist, würde der Wirtschaft dienlicher sein. Wenn von der Arbeiterschaft den Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber nicht genügend Widerstand entgegengesetzt werden könne, so seien daran die unorganisierten Arbeiter schuld, die durch ihr Verhalten, durch „Sparen der Beträge“ in den letzten Jahren die Interessensvertretung der Arbeiter geschwächt hätten. Von einzelnen Diskussionstendern wurde noch bemerkt, daß man sie wegen nicht genügender Leistung wieder nach Haus geschickt hätte, und hätte ihnen erklärt, sie sollten sich wieder erwerbslos melden.

Am Schluß der Versammlung wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die am 7. Februar bei Boland in Wissen tagende Betriebsversammlung, an der einige Hundert Walzwerksarbeiter des Weißblechwalzwerkes Wissen teilnahmen, erhebt einmütig und geschlossen Protest gegen den beabsichtigten Akkordabbau der betreffenden Firma.

Wir legen entschieden Verwahrung gegen solches Beginnen ein, immer und immer wieder die Lasten des verlorenen Krieges auf die Arbeiterschaft allein abzuwälzen. Eine Wirtschaft kann nicht florieren und ausgebaut werden, wenn die Kaufkraft der Arbeiterschaft noch weiter geschwächt wird, wie es in Wissen verlangt wird.

Mit der schwersten und gesundheitsgefährlichsten Arbeit müssen die Walzwerksarbeiter vorlieb nehmen. Hohe Krankenziffern und frühe Invalidität sind nachweisbar die Folgen. Unter Aufbringung aller Kräfte, bei Akkordhöhen, die unter den Friedenshöhen lagen, wurden im vorigen Jahre Höchstleistungen in der Produktion erzielt, die 50-60 Proz. die Friedensleistung übertrafen.

Deshalb wird es auch die Offenlichkeit verstehen, wenn unter der Arbeiterschaft helle Empörung und Entrüstung hervorgerufen wird, wenn von ihnen ein Lohnabbau von durchschnittlich 30-35 Proz. gefordert wird, zumal dieselbe Firma im verfloßenen Jahre einen Betriebsergebnis von 1 775 789,16 Mark hatte, und 10 Proz. Dividende verteilen konnte.

Wir beauftragen den Betriebsrat und die Organisationsleiter, mit der Firma in sofortige Verhandlungen einzutreten, damit ein tragbares Akkordabkommen geschlossen wird, das beiden Seiten gerecht wird.

Von der Arbeiterschaft, die heute noch abseits der Organisationen steht, erwarten wir hiesige Solidarität, Pflichtgefühl und Mithilfe, daß auch sie wieder Mithelfer und Streiter für angemessene Löhne und bessere Arbeitsbedingungen werden. Wir hier versammelten Arbeiter rufen den dringenden Appell an unsere Mitarbeiter, die Organisationen ideell und finanziell zu stärken.

Bekanntmachung

Samstag, den 14. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Die richtige Antwort

Seit dem Ende des Jahres 1923 hat sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen grundlegend geändert. Bis dahin haben die Unternehmer auf Grund der politischen Umstellung des Jahres 1918 Rückzugsgelände gesucht. Der verunglückte Wirtschaftskrieg 1923 war das Signal zu ernenen Angriffen auf die durch den Kampf darniederliegende Arbeiterschaft. Die Zeichenbesten, sowie die Großindustriellen des Ruhrgebiets waren die ersten, welche eine längere Arbeitszeit verlangten und die durch Vaterlandsstreu verursachte Notlage des arbeitenden Volkes hierzu benutzten, dieses durchzusetzen. Die Tariflöhne, welche im November und Dezember 1923 in der Spitze eine Billion, oder eine Reichsmark betragen, wurden im Januar 1924 auf 50 Pfg. abgebaut. Die Arbeiterschaft hat den Schlag nicht in vollem Umfange empfunden, weil zu der Zeit kaum 5 Proz. der Belegschaften in Arbeit standen. Die Unternehmer beschränkten diesen Weg bewußt, um den Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten und sie dadurch empfindlich zu schwächen. Sie hofften, auf Grund der schlechten finanziellen Lage in den Arbeiterorganisationen, würden diese nicht den Mut aufbringen, zum Tarifvertrag zu stehen, weil wesentliche Verschlechterungen und damit eine große Verantwortung übernommen werden müßten. Und tatsächlich zeigte es sich, daß sowohl in der Arbeitszeitfrage, wie auch in der Lohnfrage, der christliche Metallarbeiterverband den schwersten Stoß auszuhalten hatte, weil der Deutsche Metallarbeiterverband sich der Verantwortung entzog. Von allen Seiten wurde unsere Organisation auf das entschiedenste bekämpft. Kleinmütige glaubten, der christliche Metallarbeiterverband würde diese Krise nicht überleben.

Das Gegenteil ist eingetreten.

Wenn im Jahre 1913 im Bereich des 1. Bezirkes des christlichen Metallarbeiterverbandes ein Mitglied gegen sieben des Deutschen Metallarbeiterverbandes stand, so können wir heute, feststellen, daß dieses Bild sich zugunsten unseres Verbandes geändert hat, und zwar steht unsere Mitgliederzahl gegenüber dem D. M. A. etwa wie 1 zu 2. Damit ist gleichzeitig die Richtigkeit der Politik des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Arbeitszeit- wie auch in der Lohnfrage gerechtfertigt und genießt unser Verband in den Arbeiterkreisen das größte Vertrauen.

Wie kann es auch anders sein!

Gelang es doch trotz des scharfen Kampfes, den alle Welt gegen uns führte, die Arbeitszeit der Hochofen- und Kofereiarbeiter, ohne Verdienstminderung, wieder auf 8 Stunden herabzusetzen und die Tarifspitzenhöhe von Januar 1924 bis Juli 1925 um 50 Pfg. auf 70 Pfg. pro Stunde zu erhöhen. Diese Verdienstaufbesserung ergibt in der Spitze eine Erhöhung von 40 Proz. Unter Berücksichtigung der verschiedensten Aufbesserungstermine, der jugendlichen und älteren Arbeiter, sowie der Hilfs- und angelernten Arbeiter, welche ja nicht alle um denselben Betrag gesteigert werden konnten, ergibt sich eine Durchschnittserhöhung von mindestens 15 Proz. oder 7,5 Pfg. pro Stunde, pro Tag 1,125 Pfg., im Monat 24 Arbeitstage gleich 18 Mark, im Jahre 12 mal 24 Arbeitstage ist 288 Tage gleich 216 Mark. Den Betrag von 216 Mark mal 162 000 Arbeiter ergibt in einem Jahre 34 Millionen 992 Tausend Mark. Jeder Arbeiter ist sich darüber klar, daß, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen, vornehmlich der christliche Metallarbeiterverband nicht bestanden hätten, dann diese Beträge den Arbeitern nie zugute gekommen wären.

Die wichtigste Arbeit bleibt noch zu leisten.

Das große Meer der Arbeitslosen steht denen im Betriebe beschäftigten Arbeitern wie ein Schreckgespenst im Rücken und gefährdet trotz bestehender Tarife die Akkorddienste. Die Unternehmer haben dadurch eine nicht zu verkennende Gewalt in der Hand. In den letzten Monaten wurde schon in fast allen Betrieben diese Gewalt zur Anwendung gebracht. Die Arbeiterschaft stand bislang diesen Gewaltmaßnahmen der Unternehmer machtlos gegenüber.

Soll das so weiter gehen?

Wir sagen nein, denn dadurch entstehen nicht nur unzureichende Löhne, sondern es wird auch das Leben und die Gesundheit der unter diesem Druck beschäftigten Arbeiter gefährdet. Als Arbeiterorganisation haben wir dafür zu sorgen, daß auf der einen Seite die Arbeitslosen ausreichend unterstützt werden und nicht jede Arbeitslosigkeit um jeden Preis ergeissen. Die im Betriebe befindlichen Vollerwerbsarbeiter müssen daher ihr Bestes daransetzen, um ihre Berufsorganisation finanz- und schlagkräftig zu erhalten, denn die Absichten der Unternehmer, den Lohnsatz noch erheblich zu drücken, sind leicht erkennbar. Nach dem letzten Schiedsspruch vom 18. Febr. 1926 kann man beobachten, wie auf der ganzen Linie Kündigungen der Akkorde vorgenommen werden. In den Anschlägen beruft man sich auf die letzten Schiedssprüche und schreibt, die Löhne seien für das Unternehmen nicht mehr tragbar. In Wirklichkeit haben seit Juli überhaupt keine Lohnaufbesserungen stattgefunden, so daß derartige Maßnahmen unberechtigt sind.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Die Unternehmer haben durch Beschluß der Hochofengemeinschaft die Produktion um mehr wie 35 Proz. abgedrosselt und beklagen sich bei jeder Gelegenheit über den Rückgang der Produktion, um der Offenlichkeit und der Regierung ihre Notlage zu beweisen. Als neues Mittel, um die Arbeiterschaft machtlos zu machen, und den Einfluß der Arbeitgeber zu stärken, begünstigt man sich nicht mehr mit der Bildung starker Konzerne, sondern gründete einen Stahltrust. In diesem Stahltrust sind sämtliche Gewalten des Industriegebietes vereinigt. Die Umstellungen für eine erhöhte Produktion haben bereits begonnen. Die einzelnen Werke, welche diesem Stahltrust angeschlossen sind, bemühen sich jetzt, die Leistungsfähigkeit ihrer Werke nachzuweisen. Unter Leistungsfähigkeit verstehen die Unternehmer eine hohe Produktion zu einem niedrigen Lohnsatz. Die gebildete Gesellschaft verfügt über ein vorläufiges Aktienkapital von 700 Millionen und dürfte sich nach Ansicht der Fachleute dieses Kapital in ganz kurzer Zeit wesentlich verstärken.

Was hat demgegenüber die Arbeiterschaft aufzuweisen?

Einen abgearbeiteten Körper, eine ausgehöhlte, verarmte Familie und eine finanziell geschwächte Arbeiterorganisation, so daß, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden, Tor und Tür zu einer modernen Sklaverei geöffnet sind. Der christliche Metallarbeiterverband hat sich zur Aufgabe gestellt, dem Unternehmertum eine finanzkräftige und damit achtunggebietende Organisation entgegenzustellen. Seit dem Jahre 1924 ist er unablässig tätig, seine Finanzen auf Höchstleistung zu bringen, klagte doch der Martinerwert vom Jahre 1924 um 26 Pfg. auf 82 Pfg. im Jahre 1925 und dürfte nach der neuen Finanzreform auf 130 kommen. Die Mitglieder verpflichteten sich auf der ganzen Linie, angesichts der Gefahren, welche von Unternehmerteile drohen, den Beitrag pro Woche in der 1. Beitragsklasse auf 1,50 Mark festzusetzen. Von den verschiedensten Seiten, die nicht arbeitserfeindlich gesamt sind, wurde die Befürchtung ausgesprochen, der christliche Metallarbeiterverband könne eine derartige Finanzaktion ohne die übrigen Metallarbeiterverbände nicht durchführen. In einer Anzahl Sitzungen und Versammlungen wurde dieses Problem eingehend erörtert. Von Süden nach Norden und von Osten nach Westen sind die Mitglieder in einer tatsächlichen Begeisterung, weil sie sich sagen, das ist die richtige Antwort, um die Machtgier der Unternehmer zu brechen. Der christliche Metallarbeiterverband ist in der Arbeiterbewegung auf den verschiedensten Gebieten tonangebend und will es auch in Zukunft bleiben, denn eine Arbeiterorganisation, die nicht leben und nicht sterben kann,

wie sie vielfach in Deutschland bestehen, wird von den Unternehmern nicht ernst genommen. Wir als christliche Metallarbeiter wollen durch unsere Macht die Gerechtigkeit zum Siege führen und rufen deshalb alle Arbeiter auf, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen und den übrigen Organisationen gegen wir den guten Rat, resolut und rücksichtslos durch Stärkung ihrer Finanzen dem Unternehmertum entgegenzutreten. Wenn diese Mahnung beachtet wird, darf die Metallarbeiterschaft in Deutschland, insbesondere im Rheinland und Westfalen hoffen, daß die Maßnahmen des Unternehmertums bei den Arbeiterorganisationen den schärfsten Widerstand finden.

Die öffentliche Meinung wird in diesem Ringen unbedingt auf Seiten der Arbeiterschaft stehen, besonders dann, wenn einwandfrei der Nachweis geführt wird, daß die Lohnhöhe oder Lohnanteil für die Gesundheit der Wirtschaft ohne Einfluß ist.

Ein Beispiel sei hier angeführt.

Die Zahlen sind nicht etwa von den Arbeitern zusammengestellt, sondern sind authentische Zahlen aus einem großen Hüttenwerk im Industriegebiet. In einem Monat im Jahre 1925 erzeugte das Werk 24 962 Tonnen Martinstahl. Der Lohnanteil betrug: für sämtliche Produktionsarbeiter pro Tonne im Durchschnitt 1,78 M. Für die sonstigen Arbeiter, welche die laufenden Reparaturen und anderen Arbeiten zu verrichten haben, 0,82 M. so daß für eine Tonne Martinstahl an Lohn 2,60 M. aufzuwenden sind. Rechnen wir nun für die Tonne Martinstahl Wertpreis 100 M., so ergibt sich ein Lohnanteil von 2,6 Prozent. Die Unternehmerrate wird einwenden, es käme ein weit höherer Lohnanteil heraus. Gewiß müssen noch Erneuerungsarbeiten geleistet werden, aber diese sind dadurch ergebenden Lohnauslagen kann man doch nicht abschätzen auf die Tonne Stahl schlagen, sondern sie müssen zu einem erheblichen Teil auf die Generalkosten gelegt werden. Selbst wenn indes die gesamten Erneuerungsarbeiten mit eingerechnet werden, welche 72 Pfennig pro Tonne betragen, so beträgt der Lohnanteil 3,3 Prozent. Zum besseren Verständnis folgende Tabellen:

Martinerwert 1.

Produktion 14 535 Tonnen.		Lohnsumme	
2 Oberbeschmelzer	669,60 Mtl.	8 S. Beschmelzer	1 769,60 Mtl.
8 I. Beschmelzer	2 376,-- Mtl.	8 Gießmänner	1 896,40 Mtl.
8 2. Beschmelzer	2 075,60 Mtl.		
Gießgrube:			
2 Vorarbeiter	625,40 Mtl.	4 Gelblieferkämpfer	1 036,80 Mtl.
2 I. Pfannenleute	545,40 Mtl.	2 Stiefelmacher	442,80 Mtl.
2 2. Pfannenleute	518,40 Mtl.	6 Bahnerleimer	1 226,40 Mtl.
16 Schmelzmeister	2 073,60 Mtl.	6 in Urlaub	1 411,80 Mtl.
4 Lagermänner	1 016,80 Mtl.		
Schrotplatz:			
2 Vorarbeiter	453,60 Mtl.	2 Wafstaumwärter	270,-- Mtl.
8 Schrotführer	1 620,-- Mtl.	10 Kranführer	— Mtl.
Kranführer:			
6 Schrotleiterschlepper	1 636,20 Mtl.	2 Probefschmiede	453,60 Mtl.
20 Kautransführer	4 860,-- Mtl.		
		Lohnsumme insgesamt:	26 831,-- Mtl.

Lohnanteil je Tonne 1,84 M.

Martinerwert 2.

Produktion 10 427 Tonnen.		Lohnsumme	
2 Oberbeschmelzer	621,-- Mtl.	4 S. Beschmelzer	799,20 Mtl.
4 I. Beschmelzer	1 101,0 Mtl.	4 Gießmänner	821,60 Mtl.
4 2. Beschmelzer	961,20 Mtl.		
Gießgrube:			
2 Vorarbeiter	577,80 Mtl.	6 Erbsenstampfer	1 421,80 Mtl.
8 Schmelzmeister	1 922,40 Mtl.	2 Lagermänner	1 998,-- Mtl.
2 Pfannenleute	517,0 Mtl.		
Schrotplatz:			
2 Vorarbeiter	453,60 Mtl.	2 Wafstaumwärter	270,-- Mtl.
8 Schrotführer	1 620,-- Mtl.		
Kranführer:			
4 Schrotleiterschlepper	1 016,20 Mtl.	2 Probefschmiede	453,60 Mtl.
14 Kautransführer	3 178,20 Mtl.		
		Lohnsumme insgesamt:	17 203 Mtl.

Lohnanteil je Tonne 1,65 M.

Sonstige Leute, welche die Reparaturen und andere Arbeiten in beiden Martinerwerten zu verrichten haben.

Schlosserwerkstatt:		Lohnsumme	
2 Vorarbeiter	529,20 Mtl.		
13 Schlosser	2 724,30 Mtl.		
4 Lehrlinge	268,-- Mtl.		
1 Brenner	198,-- Mtl.		
1 Schweißer	207,90 Mtl.		
3 Schmiede	623,70 Mtl.		
1 Zuschläger	177,87 Mtl.		
2 Dreher	423,40 Mtl.		
3 Reservoertrahnenführer	375,10 Mtl.		
2 Gasmischmaschinenisten	304,20 Mtl.		
1 Generatormaschinenist	221,40 Mtl.		
2 Maschinenhausmaschinenisten	394,20 Mtl.		
2 Pumpenhausmaschinenisten	394,20 Mtl.		
2 Rohlenurmaschinenisten	442,80 Mtl.		
2 Fallwerkmaschinenisten	442,80 Mtl.		
2 Schmiedeblochbeiziger	378,-- Mtl.		
1 Wafstaumwärter	123,-- Mtl.		
Generatoren:			
2 Vorarbeiter	599,40 Mtl.	4 Maschinenführer	831,60 Mtl.
8 Steher	2 075,60 Mtl.	2 Wafstaumwärter	270,-- Mtl.
Platzarbeiter:			
2 Vorarbeiter	442,80 Mtl.	5 Zwanzelmigen	675,-- Mtl.
25 Platzarbeiter	4 218,75 Mtl.	4 sonstige Platzarbeiter	656,-- Mtl.
		Lohnsumme insgesamt:	18 285,10 Mtl.

A b s c h l u ß:
Produktionsziffer 1. Martinerwert 14 535 Tonnen
Produktionsziffer 2. Martinerwert 10 427 Tonnen

Insgesamt: 24 962 Tonnen
Lohnsumme 1. Martinerwert 26 831,-- Mtl.
Lohnsumme 2. Martinerwert 17 203,-- Mtl.
Sonstige Arbeiter 18 285,10 Mtl.

Insgesamt: 62 319,10 Mtl.

Lohnanteil der gesamten Belegschaft pro Tonne 2,50 Mtl.

Angehts dieser Tatsache ist es ein unverantwortliches Beginnen, Lohnreduzierungen der Handarbeiter vorzunehmen. Wenn die Unternehmer behaupten, der Lohnanteil einer Tonne Martinstahl beträgt 20,-- Mark, dann ist damit bewiesen, daß eine wesentliche Ueberziehung mit unproduktiven Kräften im Betriebe vorhanden ist. Daher ist unsere Forderung: Der unproduktive Lohnanteil, das heißt der ganze Beamtenapparat muß soweit vermindert werden, bis der produktive Lohnanteil auf gleicher Höhe steht.

Die Betriebsräte müssen hier die erste Arbeit leisten.

Bei den jetzt auf der ganzen Linie vorzunehmenden Betriebsratswahlen dürfen die Metallarbeiter nicht denen ihre Stimme geben, welche schöne Worte und viel Versprechungen machen, sondern den Arbeiterkollegen, welche in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie in der Stunde der Gefahr ihren Mann stellen. Solche Kollegen finden die Arbeiter vornehmlich im christlichen Metallarbeiterverband, welcher zu allen Zeiten durch die Tat bewiesen hat, daß er der beste Schutzwall für die Metallarbeiter bildet.